

Dokumentation

Abschlussstagung Forschungsprojekt

„Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung am Leben in der Kommune“

04./05. Mai 2011
Berlin

Referat Altenhilfe, Behindertenhilfe
und Gesundheitsförderung
in Kooperation mit dem Institut Mensch, Ethik und
Wissenschaft

Not sehen und handeln.
C a r i t a s



Inhaltsverzeichnis

Selbstbestimmte Teilhabe	S. 2
Teilnehmerliste	S. 3
Tagungsprogramm	S. 7
Vorträge	S. 9
Dr. Franz Fink Einführung	S. 10
Dr. Katrin Grüber, Klaudia Erhardt Darstellung der Ergebnisse	S. 14
Richard Hoch Am Leben in der Gemeinde teilhaben	S. 37
Esther Mand Das Ehrenamt Rückwärts	S. 46
Franziska Schneider Runder Tisch Lokale Teilhabeplanung für Menschen mit Lernschwierigkeiten	S. 55
Michael Stöffelmeier Wie funktioniert Teilhabe?	S. 58
Prof. Dr. Hans-Walter Schmuhl Empfehlungen für die Caritas	S. 65
Impressum	S. 72

Selbstbestimmte Teilhabe

Selbstbestimmte Teilhabe gilt für alle Menschen und bedeutet, dass jeder Mensch das Recht hat, an den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Prozessen und Möglichkeiten einer Gesellschaft teilzunehmen und diese mitzugestalten und mitzubestimmen. Das Prinzip der selbstbestimmten Teilhabe ist schon seit einigen Jahren ein Grundprinzip in allen Fachbereichen der Caritas. Durch die Internationale Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung (UN-Behindertenrechtskonvention) wurde diese Sichtweise noch einmal besonders gestützt.

Doch wie lässt sich Teilhabe für Menschen mit geistiger Behinderung am kulturellen und öffentlichen Leben in der Kommune verwirklichen? Welche Faktoren befördern diesen Prozess, welche behindern ihn? Welche Kriterien müssen angelegt werden, um den Teilhabeprozess im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention zu bewerten?

Diese Fragen hat das Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft (IMEW) anhand bestehender kommunaler Teilhabeprojekte und anhand von Interviews mit Experten und Expertinnen sowie Betroffenen im Rahmen eines wissenschaftlichen Projektes (Laufzeit: Mai 2009 – April 2011) untersucht.

Teilnehmerliste

Babilon, Heinz-Otto
FB Behindertenhilfe und Psychiatrie
Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V.
Knappsbrink 58
49080 Osnabrück

Bopp, Christiane
Deutscher Caritasverband e.V.
Referat Altenhilfe, Behindertenhilfe und Gesundheitsförderung
Karlstr. 40
79104 Freiburg

Bröcheler, Thomas
Haus Hall
Tungerloh-Capellen 4
48712 Gescher

Dorn, Wolfgang
Stift Tilbeck GmbH
Haus Thomas + Barbara
Tilbeck 2
48329 Havixbeck

Erhardt, Klaudia
IMEW Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft gGmbH
Warschauer Str. 58a
10243 Berlin

Exner, Dr. Karsten
IMEW Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft gGmbH
Warschauer Str. 58a
10243 Berlin

Fink, Dr. Franz
Deutscher Caritasverband e.V.
Referat Altenhilfe, Behindertenhilfe und Gesundheitsförderung
Karlstr. 40
79104 Freiburg

Glaschke, Peggy
IMEW Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft gGmbH
Warschauer Str. 58a
10243 Berlin

Golletz, Heike
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.
Oranienburger Straße 13-14
10178 Berlin

Göring, Angela
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.
Blücherstraße 62-63
10961 Berlin

Grüber, Dr. Kathrin
IMEW Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft gGmbH
Warschauer Str. 58a
10243 Berlin

Teilnehmerliste

Hahn, Martin
Stiftung Haus Lindenhof
Wohnverbandsleiter
Lindenhofstraße 127
73529 Schwäbisch Gmünd

Hoch, Richard
Deutscher Caritasverband e.V.
Referat Altenhilfe, Behindertenhilfe und Gesundheitsförderung
Karlstr. 40
79104 Freiburg

Hussong-Meffert, Inge
Abteilungsleiterin Gerontopsychiatrie und Heilpädagogik
Soziales Zentrum für Menschen mit Behinderung
Pöschstraße 18
56648 Saffig

Kludas, Dr. Elisabeth
Caritas Behindertenhilfe
und Psychiatrie e.V.
Laarmannstraße 25
44789 Bochum

Kretschmer, Tanja
Wichern Wohnstätten und soziale Dienste gGmbH
Luisenstraße 21-24
Kordinatorin der Beratungs- und Begegnungsstätte
15230 Frankfurt (Oder)

Krüger, Diane
aufwind gGmbH
Luisenstraße 21-24
15230 Frankfurt (Oder)

Lange, Hans-Joachim
Rothenburger Straße 84
14612 Falkensee

Mand, Esther
Wohnstätte "Unser Haus"
Hülsdonkstraße 160
47877 Willich

Menzel, Martina
Diakonisches Werk
der EKD e.V.
Reichensteiner Weg 24
14195 Berlin

Müller-Fehling, Norbert
Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V.
Brehmstraße 5-7
40239 Düsseldorf

Nierhoff, Silke
aufwind gGmbH
Teamleiterin
Luisenstraße 21-24
15230 Frankfurt (Oder)

Teilnehmerliste

Omidi, Sascha
IMEW Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft gGmbH
Warschauer Straße 58 A
10243 Berlin

Paschmann, Petra
aktion weitblick-betreutes wohnen-gGmbH
Markelstraße 24a
12163 Berlin

Penka, Sabine
Deutscher Caritasverband e.V.
Karlstr. 40
79104 Freiburg

Pflüger, Markus
Caritas-Zentrum St. Vinzenz
Frühlingstraße 15
85055 Ingolstadt

Pickhinke, Anne
Josefsheim gGmbH
Heinrich-Sommer-Straße 13
59939 Olsberg

Riesterer, Andreas
Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V.
Alois-Eckert-Str. 6
79111 Freiburg

Schmuhl, apl. Prof. Dr. Hans-Walter
Universität Bielefeld
Universitätsstraße 25
D-33615 Bielefeld

Schneider, Franziska
Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Beauftragte für Menschen mit Behinderung
Tempelhofer Damm 165
12099 Berlin

Stöffelmaier, Michael
Caritasverband für den Schwarzwald-Baar-Kreis e.V.
Gerwigstraße 6
78050 Villingen

Strippel, Hubertus
Cartiasverband für das Bistum Essen e.V.
Abteilung Senioren, Gesundheit & Soziales
Am Porscheplatz 1
45127 Essen

Strubel, Werner
Deutscher Caritasverband e.V.
Referat Altenhilfe, Behindertenhilfe und Gesundheitsförderung
Karlstr. 40
79104 Freiburg

Teilnehmerliste

Wartenberg, Kathleen
IMEW Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft gGmbH
Warschauer Straße 58 A
10243 Berlin

Yorgiyadi, Rene
Heinrich-Haus gGmbH
Fachteamleiter
Alte Schloßstraße 1
56566 Neuwied

Programm

Mittwoch, 04.05.2011

Anreise – Imbiss

13:30 Uhr Begrüßung und Hinführung zum Thema
Dr. Franz Fink

14:00 Uhr Darstellung der Ergebnisse des Projektes „Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung am Leben in der Kommune“
Dr. Katrin Grüber, Klaudia Erhardt

16:00 Uhr Kaffeepause

16:30 Uhr Wie funktioniert Teilhabe? Darstellung, Analyse und Reflexion der Praxisprojekte

- Am Leben in der Gemeinde teilhaben, *Richard Hoch*
- Orte zum Leben, *Michael Stöffelmeier*
- Runder Tisch Teilhabeplan
Berlin – Tempelhof-Schöneberg, *Franziska Schneider*
- Ehrenamt rückwärts, *Esther Mand*

18:00 Uhr Schlussplenum

18:15 Uhr Ende des Veranstaltungstages

18:30 Uhr Abendessen

Tagungsprogramm

Donnerstag, 05.05.2011

- 09:00 Uhr Begrüßung
- 09:15 Uhr Schlussfolgerungen für die Caritasträger der Behindertenhilfe:
Bewertung der Ergebnisse aus der Perspektive eines Trägers
Dr. Thomas Bröcheler
- 09:45 Uhr Empfehlungen für die Caritas
Prof. Dr. Hans-Walter Schmuhl
- 10:15 Uhr Kaffeepause
- 10:45 Uhr Diskussion der Schlussfolgerungen und der Empfehlungen in Kleingruppen
- 12:15 Uhr „Besichtigung“ der Ergebnisse der Kleingruppenarbeit
- 12:30 Uhr Abschluss, Zusammenfassung, Resümee
- 12:45 Uhr Ende der Veranstaltung

Referent(inn)en

- Dr. Thomas Bröcheler, Direktor, Haus Hall Gescher
- Klaudia Erhardt, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung am Leben in der Kommune“, IMEW, Berlin
- Dr. Franz Fink, Referatsleiter, Deutscher Caritasverband Freiburg
- Dr. Katrin Grüber, Projektleitung „Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Leben in der Kommune“, IMEW, Berlin
- Richard Hoch, Referent, Deutscher Caritasverband Freiburg
- Esther Mand, Wohnstättenleitung Wohnstätte „Unser Haus“, Willich
- apl. Prof. Dr. Hans-Walter Schmuhl, Mitglied im wissenschaftlicher Beirat des IMEW, Bielefeld
- Franziska Schneider, Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg, Berlin
- Michael Stöffelmaier, Geschäftsführer Caritasverband für den Schwarzwald-Baar-Kreis e.V., Villingen

Einführung

Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie im Namen des Deutschen Caritasverbandes. Geplant war, dass diese Begrüßung unsere Abteilungsleiterin Frau Wunderlich übernehmen würde. Aber die meisten von Ihnen kennen das: Je weiter nach oben man in der Hierarchie einer Institution geht, desto schwieriger wird es, die Termine zu planen und einzuhalten. Darum hat mich Frau Wunderlich gebeten, Sie zu begrüßen und ins Tagungsthema einzuführen.

Ich freue mich, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind. Ich sage es voller Stolz, dass Sie einem historischen Ereignis beiwohnen: Der Deutsche Caritasverband hat mit der Vergabe des Forschungsauftrags an das Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft etwas eingelöst, was seit einigen Jahren immer wieder im Konjunktiv: man müsste, man sollte eingefordert wurde. Ich gehe auf diese Entwicklung in einem kurzen Überblick ein. Dabei weiß ich, dass ich in der Gefahr bin, den einen oder anderen von Ihnen zu langweilen, weil Sie das alles kennen. Aber erstens mache ich es kurz und zweitens ist es immer gut, wenn die aktuellen Ereignisse in einen zeitlichen und logischen Zusammenhang gestellt werden.

In den 80er und 90er-Jahren diskutierte man über die Begriffe Integration und Normalisierung. Ende der 90er-Jahre stritt man darüber, ob die Selbstbestimmung als Leitidee zu einer Gesellschaft der neoliberalen Individualisten führe oder eher die Grundlage einer demokratischen Zivilgesellschaft sei, die auch alle Menschen mit Behinderung einbeziehen müsse. Der Fachverband Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. (CBP) hatte zwar im Oktober 2002 ein Papier „Selbstbestimmung - Orientierungshilfe für Einrichtungen und Dienste der Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie“ vorgelegt. Dennoch werden auch heute noch hin und wieder Befürchtungen laut, dass durch die Konzentration auf die Selbstbestimmung die schwer geistig und mehrfach behinderten Menschen oder die Menschen mit schwersten psychischen Erkrankungen in den Hintergrund gedrängt und vergessen würden.

Die politische Initiative, die schließlich zum Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch (SGB IX) führte, hat die Selbstbestimmung durch einen neuen Begriff ergänzt: Die neue Leitidee ist die selbstbestimmte Teilhabe und Chancengleichheit aller Bürger.

Der Begriff Teilhabe ist im Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch (SGB IX) zum Schlüsselbegriff und zur Zielvorgabe geworden und wird in der Politik seit 1999 als Symbol für einen Paradigmenwechsel genutzt. Chancengleichheit als politische Kategorie kommt aus der Pädagogik und Schulpolitik der sechziger und siebziger Jahre, geriet aus der politischen Mode und erlebt jetzt durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften¹ seine Renaissance.

Als Ergebnis eines breiten fachlichen und sozialpolitischen Diskurses in der Caritas zu diesem Thema wurde dem Zentralrat des Deutschen Caritasverbandes in Passau im Mai 2004 das Papier „Gemeindeintegriertes und dezentrales Wohnen von Menschen mit Behinderung - Eine Aufgabe der Caritas“ vorgelegt. Der Fachverband CBP hat die grundlegenden Aussagen in seiner Mitgliederversammlung 2004 durch

¹ Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen: Ein Europäischer Aktionsplan, KOM(2003) 650 endg. vom 30.10.2003.

eine Konkretisierung mit dem Titel „Leben in der Gemeinde – Selbstbestimmung – Teilhabe“ ergänzt.

Mit den beiden Begriffen Teilhabe und Chancengleichheit ist es möglich geworden, in der Behindertenhilfe und Psychiatrie die beiden Aspekte, nämlich die Personenorientierung (Selbstbestimmung) und die gesellschaftliche Betrachtung (Normalisierung), in einen allgemeinen sozialpolitischen Zusammenhang zu stellen: Die sozialstaatlichen Ziele und die Mittel, die der Erreichung der Ziele dienen, orientieren sich bei **allen** Bürger(inne)n daran, dass die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft gefördert und der Zugang zu allen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten und Prozessen eröffnet wird. Sie gelten für alle Bürger(innen) und sind keine Besonderheiten nur für Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung. In gleicher Weise, wie der Staat und seine ausführenden Behörden daraufhin geprüft werden können, ob sie Teilhabe fördern, können Dienste und Einrichtungen an diesen Kriterien gemessen werden. Nur dafür erhalten sie vom Leistungsträger (oder unter dem Regime des Persönlichen Budgets vom Klienten direkt) eine Vergütung: sie haben die selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft oder am Arbeitsleben zu fördern (oder die Voraussetzung dafür zu schaffen).

An dieser fachlichen und politischen Diskussion haben sich der Deutsche Caritasverband und der CBP intensiv beteiligt. Die Delegiertenversammlung des Deutschen Caritasverbands hat beispielsweise am 17. und 18. November 2007 das Fachthema: „Selbstbestimmte Teilhabe sichern, Märkte ordnen, im Wettbewerb bestehen“ behandelt und in sechs Eckpunkten u.a. die Richtung zur Bearbeitung dieses Themas vorgegeben. Für die Jahre 2009 bis 2011 wurde die Teilhabeinitiative beschlossen, in der in diesem Jahr 2011 besonders Menschen mit Behinderung im Blick sein werden. Die Grundlagen für diese Initiative sind im Verband auf breiter Basis durch die verschiedenen Projekte in den vergangenen Jahren gelegt. Belege dafür sind u.a. folgende Entwicklungen: Groß- und Komplexeinrichtungen der Behindertenhilfe dezentralisieren ihre Wohnangebote². Die Sozialraumorientierung aller Angebote der Caritas wird erprobt³. Bürgerschaftliches Engagement wird durch die Einbeziehung des nicht-beruflichen Hilfesystems unterstützt⁴. In der Diskussion um die Reform der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung wird die Orientierung der Angebote an der Person statt an den Vorgaben des Systems gefordert⁵. Im CBP wird eine Methode erprobt, die sich Lokale Teilhabekreise nennt. Damit werden Menschen mit Behinderung und die Menschen im Quartier oder im Dorf befähigt, sich als Bürger und Nachbarn zu respektieren und zu unterstützen⁶. Über einen Teil dieser Projekte erfahren Sie durch den vorliegenden Bericht des Projekts „Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung am Leben in der Kommune“.

² vgl. <http://www.cbp.caritas.de/53658.asp>

³ Fink, Franz (2006): Auf dem Weg in die Gemeinde. In: Deutscher Caritasverband (Hrsg.): Caritas 2007: Jahrbuch des Deutschen Caritasverbands. Freiburg

⁴ Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (Hrsg.) 2007: Gemeinsam Teilhabe leben! „Einbeziehung freiwillig und ehrenamtlich Tätiger in die Hilfen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft“ – Handreichung. Freiburg

⁵ Weiterentwicklung der Leistungen zur selbstbestimmten Teilhabe - Positionen von DCV und CBP zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. In: neue caritas (2009), 5, S. 19 - 26

⁶ vgl. <http://www.cbp.caritas.de/65365.asp>

Seitdem wir im Deutschen Caritasverband uns mit dem Begriff „Teilhabe“ oder „Selbstbestimmte Teilhabe“ befassen und uns damit einen Leitbegriff vorgegeben haben, sind wir uns schon immer bewusst, dass wir uns eigentlich mit einem Arbeitsbegriff zufrieden geben. Wir definierten zwar, selbstbestimmte Teilhabe bedeute, dass jeder Mensch das Recht habe, an den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Prozessen einer Gesellschaft teilzunehmen und diese mitzugestalten und mitzubestimmen. Wie der Einzelne diese Teilhabe gestaltet, sei dabei seiner autonomen Entscheidung überlassen (natürlich in Wahrung der Rechte anderer und des Gemeinwohls). Wir haben sogar einige Konkretisierungen. Wir sagen, dass selbstbestimmte Teilhabe mindestens drei methodische Prinzipien impliziert:

(1) Gemeinwesenorientierung: Was Menschen benötigen, wird in ihrer konkreten Lebenswelt erkennbar. Selbstbestimmte Teilhabe ist auf Menschen und Strukturen im sozialen Nahraum angewiesen.

(2) Ressourcenorientierung: Um Menschen bei der Verwirklichung ihrer selbstbestimmten Teilhabe zu unterstützen, müssen sie nicht nur gefragt werden, ob sie und welche Hilfe sie benötigen, sie brauchen auch die Möglichkeit, eigene Kräfte und die ihres sozialen Nahraums einzusetzen. Ressourcenorientierung heißt, dass alle Maßnahmen das Ziel haben, die Ressourcen der Menschen mit einem Hilfebedarf, ihrer Angehörigen und der Menschen im sozialen Nahraum zu entdecken, die betroffenen Menschen zu motivieren, diese Ressourcen einzusetzen, sie zu unterstützen und zu fördern, damit sie diese Ressourcen einsetzen können und möglichst erweitern.

(3) Zusammenwirken des beruflichen und nicht-beruflichen Hilfesystems: Wenn Menschen am Rande, Menschen, die in ihrer selbstbestimmten Teilhabe eingeschränkt sind, Bürger(innen) des Gemeinwohls bleiben oder werden, kann der andere Teil der Bürger(innen) sich vom Hilfebedarf dieser Menschen ansprechen lassen und eine Teilverantwortung mittragen. Dann müssen Dienste und Einrichtungen der Caritas zulassen, dass die Hilfe außerhalb der Logik des beruflichen Hilfesystems geschehen kann. Wenn diese (neue) Hilfeform unterstützt wird, können beide Systeme effizient zusammenwirken.

Aber bei allen klugen Reden und bei allem klugen Schreiben war uns klar, das kann es noch nicht sein.

Vor etwas über fünf Jahren wurde in der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes aus drei Referaten eins gezaubert. In der Folge musste ich mich auch um Fragen der Altenhilfe und Pflege kümmern. Beim Antrittsbesuch im Bundesministerium für Gesundheit wurden wir damals schon von der Idee informiert, dass der Pflegebedürftigkeitsbegriff neu definiert werden soll. In den folgenden Jahren – vor allem im Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriff – sollte ich staunend wahrnehmen können, was in einem anderen Feld entstanden ist: Es gibt eine Pflegewissenschaft, die den Politikern, die den Leistungsträgern – also den Pflegekassen – den Leistungserbringern und den Praktikern sagt, was Pflege, gute Pflege ist und wer eine Pflegeleistung ausführen darf. Staunend und neidisch hörte ich, dass alle Insider „wussten“, zu welchem Ergebnis Pflege führen soll. Ich darf gleich einschränken, dass es auch dort noch lange nicht klar ist. Aber es gibt eine anerkannte Szene von Wissenschaftlern, die sagen darf, wo's lang geht. Noch eine Einschränkung: Die Diskussion über die so genannte Pflege-Transparenzprüfung

zeigt, dass wissenschaftliche Standards Müll sind, wenn politische bestimmte Dinge gewollt sind.

Ich schaute mich in der Szene der Behindertenhilfe um und fand Rehabilitationswissenschaft, Sonderpädagogik, Sozialwissenschaften usw., aber keine Teilhabewissenschaft.

Und nun komme ich zu dem historischen Ereignis zurück, dem Sie heute und morgen beiwohnen: Ich behaupte, dass mit der Forschungsarbeit des Instituts Mensch, Ethik und Wissenschaft der Grundstein für die Teilhabewissenschaft oder Teilhabeforschung gelegt wurde. Und bei dieser Grundsteinlegung sind Sie dabei.

Ob Sie meiner Einschätzung folgen werden und anerkennen, dass die Ergebnisse des Forschungsprojekts diesem Anspruch genügen, dürfen Sie in den beiden Tagen und danach prüfen. Dazu wünsche ich Ihnen viel Erfolg und anregende Diskussionen.



Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung am Leben in der Kommune

Projektbericht

Klaudia Erhardt und Dr. Katrin Grüber
Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft
Vortrag am 04.05.2011, Berlin



- Projektbeschreibung

Projektdaten



- Auftraggeber: Deutscher Caritasverband
- Ansprechpartner beim DCV: Dr. Franz Fink
- Förderung: Glücksspirale
- Projektleitung: Dr. Katrin Grüber
- Projektmitarbeiterin: Klaudia Erhardt
- Mitwirkung: Dr. Marianne Hirschberg, Kathleen Wartenberg, Sascha Omid
- Laufzeit: Mai 2009 bis April 2011

Fragestellungen des Projektes



- Wie lässt sich Teilhabe für Menschen mit geistiger Behinderung am kulturellen und öffentlichen Leben in der Kommune verwirklichen ?
- Was ist „richtig verstandene“ Teilhabe?
- Kriterien für die Bewertung von Teilhabeprojekten



Fokussierung auf Menschen mit geistiger Behinderung, weil ihre prekäre Situation sonst untergeht

Ihre Situation: Leben in einer Parallelwelt

Teilhabe für Menschen mit schweren Behinderungen



volle Teilhabe nicht immer möglich, da sie nicht nur von äußeren Gegebenheiten, sondern auch von den individuellen Faktoren abhängt

Kommune



- Schnittstelle
 - zwischen Einrichtungen und Infrastruktur
 - und den Vorstellungen, Überzeugungen und Werten der Bürgerinnen und Bürger, die das (mit-)menschliche Verhalten steuern
- Gute Handlungsebene für Veränderungsprozesse

Unsere normative Grundlage



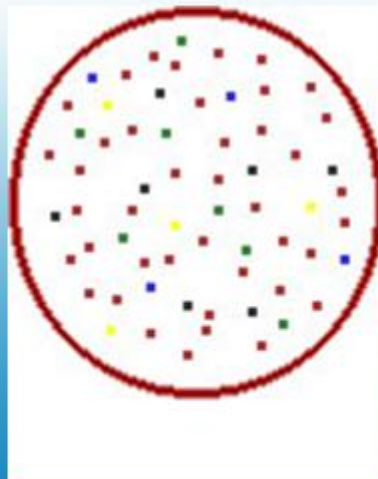
Teilhabe ist das Recht aller Menschen, ungeachtet der Art, der Schwere und der Ursache ihrer Behinderung. (UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen)

und unser soziologischer Blick

Wie kann hier und heute gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung wirksam gefördert werden?

- Inklusion, Exklusion und Teilhabe

Die gängige Vorstellung von Inklusion



Inklusion und Exklusion



- Jeder Mensch ist in einige Subsysteme inkludiert, aus anderen dagegen exkludiert.
- Inklusion' ist ohne 'Exklusion' nicht denkbar (Wansing 2005).

Inklusion von Menschen mit geistiger Behinderung



- Menschen mit Behinderung haben am Subsystem 'Behindertenhilfe' teil, während Menschen ohne Behinderung, wenn sie nicht professionell daran beteiligt sind, nicht daran teilhaben (vgl. Exner 2007).

Genau betrachtet, nehmen Menschen mit geistiger Behinderung an allen in der ICF genannten Lebensbereichen teil, allerdings im Rahmen ihrer Parallelwelt.

Folgen der Segregation



- Es gibt kaum bzw. wenig nichtprofessionelle bzw. nicht familiäre Kontakte zwischen Menschen mit und ohne geistige Behinderung
- Underachievement: Menschen mit geistiger Behinderung bleiben hinter ihren Möglichkeiten zurück

Teilhabe für Menschen mit geistiger Behinderung



- Aufhebung der Segregation (auch eine Forderung der UN-Konvention) über die Rechte von Menschen mit Behinderungen
- Ein so normales Leben wie möglich

Menschen mit geistiger Behinderung als gleichberechtigte Bürger(innen)



- durch **Das Normalisierungsprinzip**, Menschen mit Behinderung ein ‚normales‘ Leben ermöglichen
- **Integration**, sie in die Welt der Nichtbehinderten ‚hineinnehmen‘
- **Selbstbestimmung**, sie möglichst weitgehend selbst entscheiden lassen
- **Inklusion**: ihre Teilhabe an den regulären Angeboten und Strukturen ihres Umfeldes sicherstellen

(Frühauf 2010)

Teilhabebegriff der ICF



- Teilhabe als "Einbezogensein in eine Lebenssituation"
 - zwischenmenschliche Interaktionen und Beziehungen
 - Erziehung/Bildung,
 - Arbeit und Beschäftigung
 - wirtschaftliches Leben
 - Gemeinschafts-, soziales und staatsbürgerliches Leben.

ICF 2005: 16

Unser Teilhabebegriff



Teil eines sozialen Geflechtes



Teilhabeförderung

Unterstützung dabei zu bieten,
Teil der menschlichen Gemeinschaft,
'einer von uns' zu sein

virtueller Sozialraum



Teilhabe als Prozess der
wechselseitigen Verortung der
Gesellschaftsmitglieder

- Soziale Wertschätzung geht der Teilhabe nicht voraus, sondern entsteht aus ihr
- Rollen können eine positive gruppenintegrierende Funktion haben

Teilhabe von Menschen mit schweren Behinderungen



- Auch sie nehmen am realen und virtuellen Sozialraum teil
 - im Rahmen kollektiver Aktivitäten
 - Oder durch ihre Anwesenheit



- Teilhabeförderung in den verschiedenen Bereichen

Teilhabeförderung im Bereich sozialer Beziehungen



- Förderung der institutionellen Rahmungen
- und innerhalb von Institutionen
 - Abbau von Verhinderungsmechanismen freundschaftlicher Sozialkontakte

Für Sozialbeziehungen auf gleicher Augenhöhe ist gemeinsames Drittes notwendig

Teilhabeförderung im Arbeitsbereich



- Platzierung der Arbeitsstätten in zentraler Lage
- gute Erreichbarkeit der Arbeitsstätten
- gut ausgebauter öffentlichen Nahverkehr

Förderung der Mobilität



Guter öffentlicher Nahverkehr wichtige Voraussetzung für die Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung.

<http://www.bvv.de/aktuelles/press/fotoarchiv/>

Teilhabeförderung im Bildungsbereich



- Förderung des Zugangs zu so viel Bildung wie nur möglich für alle Menschen mit geistiger Behinderung, unabhängig vom Grad der Beeinträchtigung
- Lebenslanges Lernen

Förderungsmöglichkeiten der Teilhabe im Wirtschaftsbereich



- Als Kunde:
 - Mitbestimmung der Leistungsempfänger bei der Auswahl der Anbieter von Leistungen,
 - Sicherstellung von Mobilität
 - Einkommen
- Als Anbieter
 - Für andere interessante Angebote machen

Fördermöglichkeiten der Teilhabe am sozialen Leben



Kommune und Träger:

- Sicherstellung der Mobilität (öffentlicher Nahverkehr)
- Entwicklung von kostenreduzierten oder kostenlosen Angeboten
- Bereitstellung von Räumen,
- Bezuschussung besonders ausgebildeter Übungsleiter.

Fördermöglichkeiten von Seiten der Mitbürger



- Akzeptanz und Interesse für die Aktivitäten von Menschen mit geistiger Behinderung
- Öffnung von Angeboten für Menschen mit geistiger Behinderung
- Mitdenken' und Einbezug von Menschen mit geistiger Behinderung bei gemeindlichen Aktivitäten wie Stadtfesten etc.

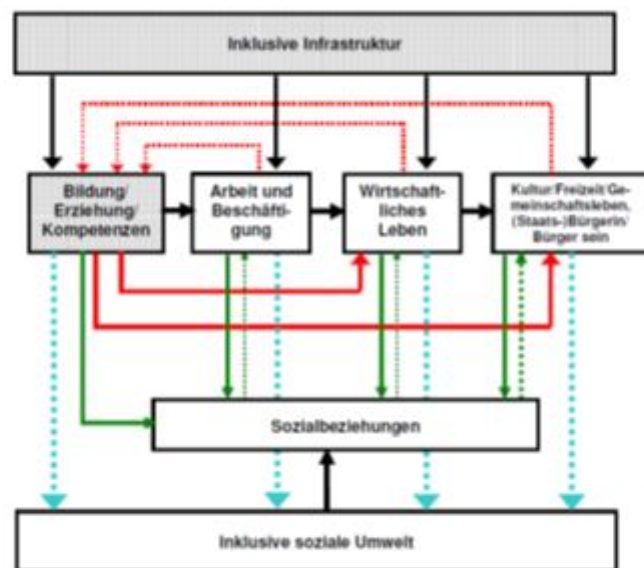


- Teilhabechancen von Menschen mit geistiger Behinderung weitest möglich vom 'guten Willen' der nicht behinderten Mitmenschen abkoppeln
- Das Knüpfen sozialer Netze für die Klienten ist **keine** vordringliche Aufgabe der Teilhabeförderung

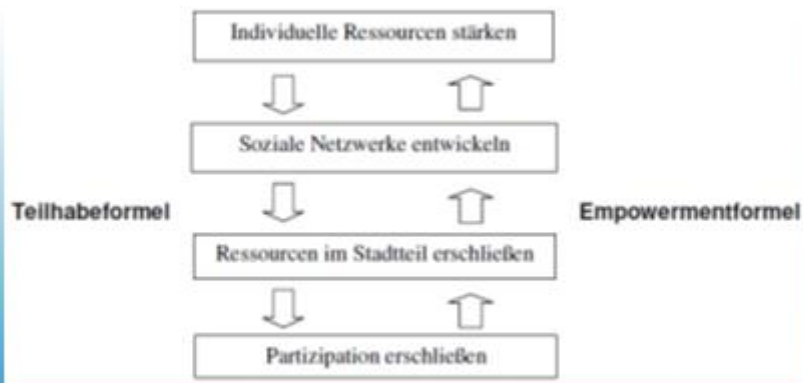
Veränderungsmöglichkeiten durch Kontakte



- nicht Häufigkeit entscheidend, sondern Intensität.
 - Entscheidende Bedingungen: *emotional fundiert* und *freiwillig*.
 - Außerdem:
 - relative *Statusgleichheit*
 - die Erwartung einer gewissen '*Belohnung*' aus der sozialen Beziehung und
 - die *Verfolgung gemeinsamer wichtiger Aufgaben und Ziele*
- (Cloerkes 2007: 147, Hervorh. im Original)



Wirkungen und Wechselwirkungen der Teilhabekomponenten



Teilhabeformel (Seifert)

Empowermentformel Empowerment als Aktivierung innerer Ressourcen aufgrund unterstützender äußerer Bedingungen

Probleme und ungeklärte Fragen bei der Messung von Teilhabe

- Welche Formen und Arten von Exklusion ziehen eine staatliche, gesellschaftliche oder gemeinschaftliche Verpflichtung zu Teilhabeförderung nach sich?
- An welcher Standard soll man sich bei der Bestimmung von Teilhabedefiziten orientieren?
- Sind die einzelnen Bestandteile des Teilhabekorbs untereinander austauschbar?



- Qualitatives Beurteilungsschema für Projekte

Das Leitmotiv:
Aufhebung der Segregation



- Verschränkung der Lebenswelten von Menschen mit und ohne Behinderung
- Ort der Projektaktivitäten – in der Einrichtung oder an öffentlichen Orten, die auch für andere Bürger zugänglich sind

Normalisierung I



- Bürger unter Mitbürgern und anerkannter Teil der Gemeinde sein
 - Aktivitäten, die in das kulturelle und soziale Leben in der Gemeinde als Angebote an die Mitbürgerinnen und Mitbürger einfließen
 - Förderung und Respekt und Anerkennung gegenüber Menschen mit geistiger Behinderung durch das zeigen in allgemein üblichen und geachteten Rollen (Beitrag zum 'virtuellen Sozialraum')

Normalisierung II



- Verankerung der Belange von Menschen mit geistiger Behinderung in den kommunalen Strukturen
- Mitbestimmung von Menschen mit geistiger Behinderung
- bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit geistiger Behinderung

Empowerment



- Weiterentwicklung der Persönlichkeit (Entdeckung von Interessen, Entwicklung von Selbstvertrauen, Erweiterung des Horizonts)?
- Erwerb alltagspraktischer Kompetenzen, die zu mehr Selbständigkeit führen?
- Übernahme von Kompetenzrollen durch Menschen mit geistiger Behinderung?
- Wie eindrücklich sind die neuen Erfahrungen, die den Menschen mit geistiger Behinderung im Rahmen des Projekts zugänglich gemacht werden?

Normalisierung der Beziehungen zwischen Menschen mit und ohne geistige Behinderung)



- **Beziehungen 'auf gleicher Augenhöhe'**,
 - Freiwilligkeit des Kontakts zwischen Menschen mit und ohne geistige Behinderung
 - 'gemeinsames Drittes' – ein Ziel oder Anliegen
 - Aktivitäten, die allen Beteiligten Spaß machen

Nachhaltigkeit und Reichweite



- Suche nach Wegen für eine Verstetigung der Projektaktivitäten
- Ziel der dauerhaften Veränderung von Strukturen
- Größe des Kreises der Personen, die von den Projektaktivitäten beeinflusst werden
- Multiplikatoreffekt

Exemplarische Projekte des DCV und des CBP



- **Gemeinsam Teilhabe leben** – Einbeziehung freiwillig und ehrenamtlich Tätiger in die Hilfen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
- **Orte zum Leben – Für ein Leben in der Gemeinde** - Schwarzwald-Baar-Kreis
- **Teilhabe Kreise** -
die Begegnung zwischen den Einrichtungen und der Kommune
- **Selbsthilfegruppen von Menschen mit einer geistigen Behinderung**

Mitmachen beim Umzug



„Eines der erfolgreichsten Projekte“



„Das Fasnetsthema ist in Villingen-Schwenningen ein Riesenthema, ist die „fünfte Jahreszeit“. Wer da mitmacht, da mitmachen darf, gehört dazu. Das ist Integration pur.“

Quelle: Interview mit Caritasmitarbeiterin im Sommer 2008

Orte zum Leben - Schlussbericht

http://www.caritas-sbkk.de/in/de/index.php?option=com_content&task=view&id=90&Itemid=1

Projekte anderer Träger



- Netphener Tisch
- Gemeinsam forschen in Leipzig/Kulturführer in Leichter Sprache
- Ehrenamt rückwärts
- Fotokurs VHS Duisburg: "Ich sehe was, was du nicht siehst,,"
- Runder Tisch Tempelhof-Schöneberg

Darstellung der Ergebnisse Dr. Katrin Grüber, Klaudia Erhardt

VHS-Ausstellung: "Ich sehe was, was Du nicht siehst"



<http://www.duisburgweb.de/Archivseiten/mar2008.htm>

Ein integratives Fotoprojekt der VHS Duisburg in Kooperation mit der KoKoBe Duisburg Mitte/Süd (Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsangebote für Menschen mit geistiger Behinderung)

Warum Fotografie?: Annahme, dass dies dem Interesse sowohl behinderter als auch nicht behinderter Menschen entspricht.
Dokumentation der Sicht der Alltagswelt der Gruppenangehörigen mit der Kamera



•Fazit

Qualitatives Beurteilungsschema



- **Aufhebung der Segregation**
- **Normalisierung:**
 - ein so normales Leben wie möglich
 - Ausübung von anerkannten und sozial geachteten Rollen
- **Empowerment**
- **Normalisierung der Beziehungen zwischen Menschen mit und ohne geistige Behinderung)**
- **Nachhaltigkeit und Reichweite**

Am Leben in der Gemeinde teilhaben
Lokaler Teilhabekreis
Richard Hoch

CBP

Am Leben
in der *Gemeinde*
teilhaben



Lokaler Teilhabekreis

CBP **caritas**

CBP

Einladung zum
Lokalen Teilhabekreis

Einladung zur Auftaktveranstaltung



Unsere Gesellschaft so zu formen
und zu gestalten dass Menschen mit
Behinderung voll am Leben
teilhaben und mitbestimmen
können, das ist unsere Aufgabe.

Der **Lokale Teilhabekreis** setzt sich
zusammen aus Menschen mit und
ohne Behinderung trifft sich
monatlich und organisiert
verschiedene Aktionen um auf die
Rechte Behinderter aufmerksam zu
machen.

Sie sind **herzlich eingeladen**....



CBP **caritas**

Am Leben in der Gemeinde teilhaben
Lokaler Teilhabekreis
Richard Hoch

CBP Methodisches Prinzip
der Sozialraumorientierung
nach Hinte

- Ausgangspunkt sind der Wille und die Interessen der Menschen **Motivation**
- den Willen entfalten und sich der Möglichkeiten bewusst werden, den Willen in die Tat umzusetzen **Empowerment**
- selbst und gemeinsam mit anderen in die Verantwortung gehen und handeln **Aktion**



CBP Leitgedanken der
Lokalen Teilhabekreise

- Motivation** ✓ Wir wollen besser zusammenleben, unsere Beziehungen pflegen und so unabhängig wie möglich leben
- Empowerment** ✓ Wir entscheiden selbst und vertreten Interessen von Menschen mit Behinderung
- Aktion** ✓ Wir mischen uns ein; Dinge, die uns behindern versuchen wir zu ändern



Am Leben in der Gemeinde teilhaben
Lokaler Teilhabekreis
Richard Hoch

CBP

Arbeitsweise der
Lokalen Teilhabekreise

Der Teilhabekreis trifft sich regelmäßig.

Die Arbeitsweise schließt niemanden aus.



CBP

Arbeitsweise der
Lokalen Teilhabekreise



Der Kreis sammelt Ideen, sortiert die Fragen und bringt die Interessen und Möglichkeiten zusammen.

Jede/r Einzelne findet sich im Projekt wieder.



Am Leben in der Gemeinde teilhaben
Lokaler Teilhabekreis
Richard Hoch

CBP

Arbeitsweise der
Lokalen Teilhabekreise

Die Gruppe entwickelt selbstständig Ideen und setzt sie eigenständig in die Tat um.

Der Kreis sorgt für die Klärung der Kosten und sichert die Finanzierung seines Handelns.



Teilhabekreis Aachen



CBP

Arbeitsweise/ Methoden der
Lokalen Teilhabekreise

Das Handeln sollte Veränderungen für „ein gutes Leben“ herbeiführen



Öffentlichkeitswirksame Aktionen

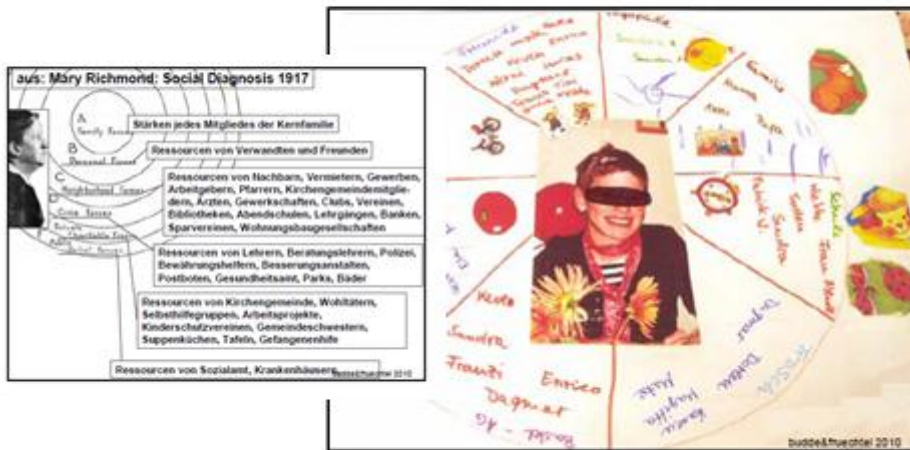


Am Leben in der Gemeinde teilhaben
Lokaler Teilhabekreis
Richard Hoch

CBP Methoden der Lokalen Teilhabekreise



CBP Methoden der Lokalen Teilhabekreise



Ressourcen- / Netzwerkkarte

Am Leben in der Gemeinde teilhaben
Lokaler Teilhabekreis
Richard Hoch

CBP Methoden der Lokalen Teilhabekreise



Der LTK Paderborn „Hand in Hand“ im Stadion

CBP Methoden der Lokalen Teilhabekreise

Politische Ressourcen erschließen / Lobbying



LTK Nottuln im Gespräch mit dem Bürgermeister



Am Leben in der Gemeinde teilhaben
Lokaler Teilhabekreis
Richard Hoch

CBP Beteiligte im Lokalen Teilhabekreis



CBP Ziele des Lokalen Teilhabekreises

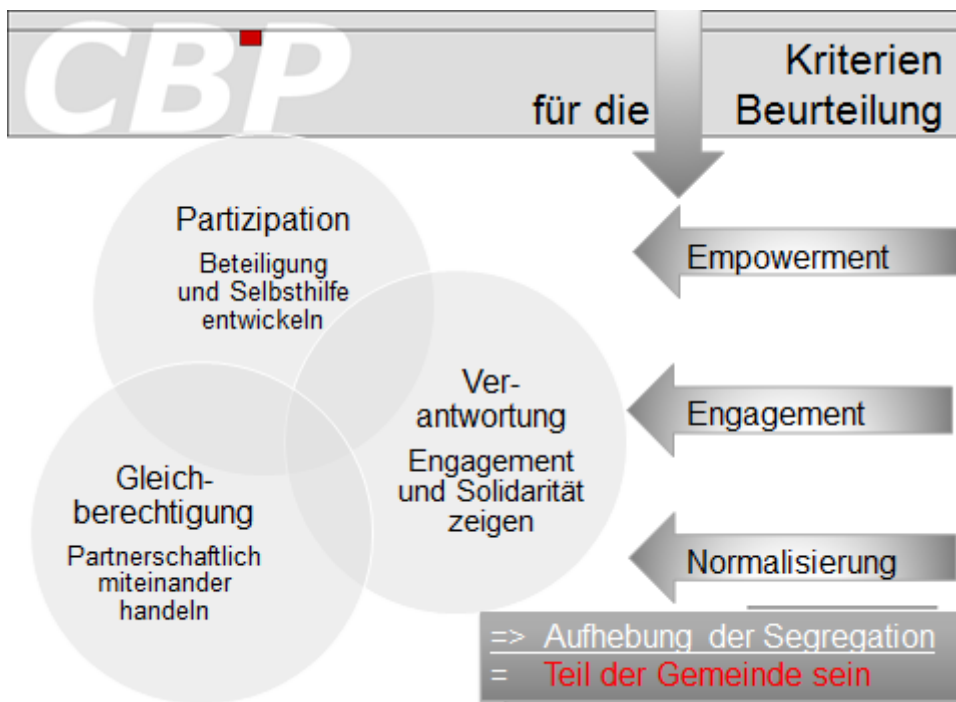
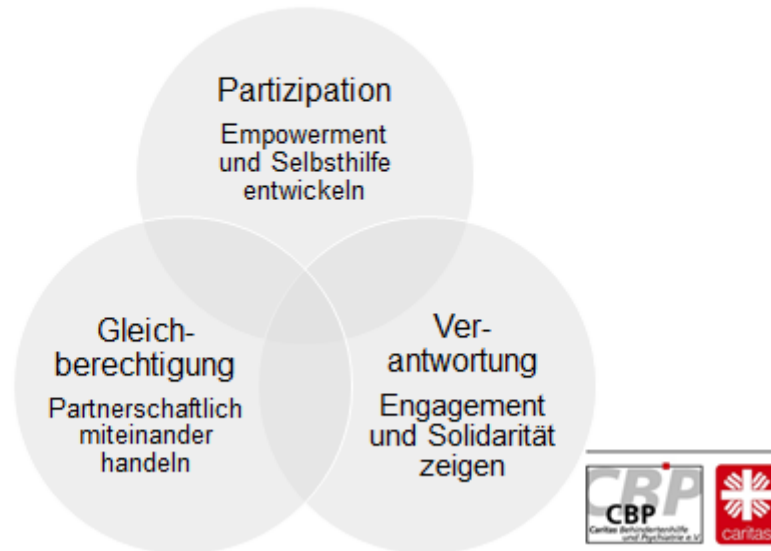


Wir gestalten unsere Gemeinde mit



Am Leben in der Gemeinde teilhaben
Lokaler Teilhabekreis
Richard Hoch

CBP Funktionen und Aktivitäten,
um Teilhabe zu verwirklichen



Am Leben in der Gemeinde teilhaben
Lokaler Teilhabekreis
Richard Hoch

CBP **Recht auf Teilhabe**

Beziehungen aufbauen und pflegen
Der Lokaler Teilhabekreis zusammen mit Vertreter/innen
örtlicher Gruppen und Vereine



Wir gestalten unsere Gemeinde mit 

CBP

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Am Leben
in der *Gemeinde*
teilhaben



Lokaler Teilhabekreis

Richard Hoch
Deutscher Caritasverband
0761 200 287
Richard.Hoch@caritas.de



Das Ehrenamt

Rückwärts

Die Wohnstätte „Unser Haus“



Esther Mand · Lebenshilfe Vörrahn e.V.



Unsere Besonderheiten

- ▶ 20 Bewohner
- ▶ davon 13 LT 10
- ▶ 2 geschlossene Unterbringungen
- ▶ Doppeldiagnosen
- ▶ 6 „face to face“ Betreuungen notwendig
- ▶ hohe Selbst- und Eigengefährdung
- ▶ integriert in ein kinderreiches Wohngebiet

Esther Mand Lebenshilfe Vöran e.V.



Unser Problem

- ▶ 10 Bewohner sind ausgegliedert aus der WfbM
- ▶ hohe Verhaltensauffälligkeiten
- ▶ konnten sich nicht in den Rahmen eingliedern
- ▶ bei uns auch nicht
- ▶ hoher Betreuungsaufwand nötig
- ▶ morgens, tagsüber, abends und nachts
- ▶ LT 23 = 0,17 Stelle

Esther Mand Lebenshilfe Vöran e.V.



Bekannte TB nicht möglich

- ▶ Wir haben einen Rentner
 - Mit einem Recht auf den verdienten Ruhestand
 - Aber ohne konkrete Vorstellungen
- ▶ Menschen mit einem sehr individuellen Rahmen
 - Mit gesellschaftlich nicht akzeptierten Verhalten
 - Mit eigener Kommunikation
 - Mit selbst- und fremdgefährdenden Verhalten
- ▶ Verschiedene „Künstler“
 - Mit einem eigenem „Lebenskonzept“

Esther Mand Lebenshilfe Vöran e.V.



These

- ▶ wenn ein Mensch das machen darf was er kann und mag
- ▶ dann steigt die Selbstzufriedenheit
- ▶ und die Verhaltensauffälligkeiten sinken

Esther Mand Lebenshilfe Vöran e.V.



Jeder Mensch hat Ressourcen!

Man muss nur danach suchen:

- Der Bauernsohn hat den Hof gefegt und in der Ernte mitgeholfen
- der Sohn aus dem Handwerksbetrieb liebte es mit seinem Vater immer in der Werkstatt zu „arbeiten“
- Die Tochter hat der Mutter immer im Haushalt geholfen
- Die eine bewegt sich gerne
- Der andere fährt gerne Auto

Esther Mand Lebenshilfe Vöran e.V.



Aber.....

- ▶ Irgendwann ist
- ▶ das Grundstück gefegt
- ▶ der Rasen gemäht
- ▶ die Wäsche gefaltet und
- ▶ das Essen gekocht
- ▶ das Altglas entsorgt
- ▶ und der Vorrat voll

Esther Mand Lebenshilfe Vöran e.V.



Was war auch noch ein Ehrenamt?

- ▶ ein ehrenvolles und
- ▶ freiwilliges öffentliches Amt,
- ▶ das nicht auf Entgelt ausgerichtet ist.
- ▶ Man leistet es für eine bestimmte Dauer
- ▶ regelmäßig im Rahmen von
- ▶ Vereinigungen, Initiativen oder Institutionen

• Definition Wikipedia

Esther Mand Lebenshilfe Vöran e.V.



Und wer darf das machen?

- ▶ Die Bürger!
- ▶ Die Bewohner der Wohnstätte sind auch Bürger unserer Gesellschaft
- ▶ Warum dürfen sie kein Ehrenamt machen?
- ▶ Sie können das, was andere vielleicht nicht gerne machen
- ▶ Oder aber keine Zeit dafür haben

Esther Mand Lebenshilfe Vöran e.V.



Unser Konzept der TB

- ▶ Wir haben in der Stadt Willich und in den Kirchen unsere Hilfe angeboten
- ▶ Wir haben in den anderen sozialen Einrichtungen nach einem Ehrenamt gefragt
- ▶ Wir haben unsere Hilfe bei Vereinen angeboten
- ▶ Wir haben eine Patchmaschine bekommen

Esther Mand Lebenshilfe Voreen e.V.



Das Ehrenamt Rückwärts

- ▶ Wir haben den Schlüssel des Familienzentrums- wir fegen die Außenanlage
- ▶ Wir tragen den Gemeindebrief der Kirchen aus
- ▶ Wir gehen zur Leprahilfe und wickeln Wolle
- ▶ Wir kuvertieren die ungeliebten Briefe der Vereine
- ▶ Wir falten die Flyer für den Kinderschutzbund

Esther Mand Lebenshilfe Voreen e.V.



- ▶ Wir patchen alle neuen Kleidungsstücke der ganzen Lebenshilfe Viersen
- ▶ Wir haben einen Patchfahrdienst
- ▶ Wir übernehmen das unliebsame Rasenmähen
- ▶ Wir haben die Rosen des Schützenfestes mit gedreht
- ▶ Wir gestalten einen Teil des Gartens im ortsansässigen Altenheim
- ▶ Wir sortieren das Spielzeug des Kindergartens
- ▶ Und natürlich machen die Bewohner der TB auch etwas in unserer Wohnstätte
- ▶ Wenn sie Zeit haben 😊

Esther Mand Lebenshilfe Viersen e.V.



Der Lohn....

- ▶ Vielfältiges „Arbeitsmaterial“ für die TB
- ▶ Ausgefüllter Tagesablauf mit „richtigen“ Aufgaben
- ▶ Anerkennung durch den Einsatz der eigenen Ressourcen
- ▶ Angehobene Öffentlichkeit
- ▶ Abbau von Barrieren sind automatisch
- ▶ Begegnungen auf Augenhöhe
- ▶ Wieder ein Stück mehr Inclusion ist gelungen

Esther Mand Lebenshilfe Viersen e.V.



Und im Alltag der Wohnstätte

- ▶ Gezielte pädagogische und therapeutische Arbeit ist möglich
- ▶ Verhaltensauffälligkeiten haben stark nachgelassen
- ▶ Kaum noch notwendige Kriseninterventionen
- ▶ Auch in den Nachmittags-, Abends-, und Nachtstunden weniger Auffälligkeiten
- ▶ Der notwendige Personalschlüssel sinkt
- ▶ Einfach zufriedener Menschen in der Wohnstätte „Unser Haus“

Esther Mand Lebenshilfe Vöran e.V.



Esther Mand Lebenshilfe Vöran e.V.



Vielen Dank für Ihr Interesse



Runder Tisch Lokale Teilhabeplanung für Menschen mit Lernschwierigkeiten **Franziska Schneider**

Franziska Schneider, Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Runder Tisch Lokale Teilhabeplanung für Menschen mit Lernschwierigkeiten

Vielen Dank an die Veranstalter/innen für die Einladung. Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr, Ihnen in diesem Rahmen den Runden Tisch Lokale Teilhabeplanung für Menschen mit Lernschwierigkeiten vorstellen zu können.

Mein Name ist Franziska Schneider, ich bin Beauftragte für Menschen mit Behinderung in Tempelhof-Schöneberg, einem Berliner Bezirk mit 330.000 Einwohner/innen.

Der Runde Tisch hat sich im April 2009 gebildet als ein Netzwerk oder Bündnis mit dem Ziel, die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention auf kommunaler, bezirklicher Ebene umzusetzen und zu gestalten. An mich wurde der Wunsch herangetragen, diesen Prozess zu koordinieren und zu moderieren.

Da die Partizipations- und Inklusionsmöglichkeiten für Menschen mit geistigen Einschränkungen oder mit Lernschwierigkeiten, wie es von den Betroffenen genannt wird, in besonderem Maße eingeschränkt sind und bislang kaum vorhanden und entwickelt sind, haben wir uns dieser Zielgruppe hauptsächlich zugewandt. Menschen mit Lernschwierigkeiten machen noch häufiger Erfahrung mit individueller und struktureller Ausgrenzung und Diskriminierung als Menschen mit anderen Behinderungsarten.

Am Runden Tisch arbeiten knapp 30 bezirkliche Akteure und Selbstvertreter/innen und deren Angehörige zusammen.

Zu den Akteuren gehören:

- Selbst-Vertreter und Angehörige
- Behindertenhilfe
- Jugendhilfe
- Seniorenvertretung
- Integrationsfachdienste
- Berufliche Qualifizierung
- AWO: Fachforum Behinderung und Migration
- Schulen
- Institut für Public Health
- Bezirksamt (Jugendamt, Wirtschaftsförderung, Beauftragte für Menschen mit Behinderung)
- Arbeitgeber und Betriebe
- Vereine (Sportverein, Nachbarschaftsheim)

Arbeitsweise des Runden Tisches

Der Runde Tisch hat bislang zu drei öffentlichen Veranstaltungen ins Rathaus Schöneberg einladen können, zu denen jeweils ca. 100 Menschen mit und ohne Behinderung gekommen sind. Die Einladungen und Veranstaltungsankündigungen wurden in leichter Sprache verfasst.

Nach jeder öffentlichen Veranstaltung schlossen sich neue Mitglieder aus unterschiedlichen Handlungsfeldern des bezirklichen Lebens dem Runden Tisch Lokale Teilhabeplanung an. Behandelt wurden auf diesen öffentlichen Veranstaltungen jeweils vorbereitete Themenfelder. Hieraus entwickelten sich die so genannten Thementische, die bis heute kontinuierlich weiterarbeiten.

Bislang existieren folgende Thementische:

- Arbeit
- Freizeit
- Sport
- Wohnen

Weitere Thementische sind in Planung, z.B. „Bildung“ und „Gesundheit“.

Für jeden Thementisch gibt es feste Ansprechpartner/innen, neue Mitglieder, insbesondere Menschen mit Lernschwierigkeiten sind herzlich willkommen.

Runder Tisch Lokale Teilhabepanung für Menschen mit Lernschwierigkeiten

Franziska Schneider

Alle sechs Wochen kommt das Netzwerk „Runder Tisch Lokale Teilhabepanung“ zusammen und tauscht sich aus über die Arbeitsergebnisse der Thementische und erarbeitet gemeinsame Handlungsempfehlungen für das Bezirksamt.

Darüber hinaus stellen die einzelnen Mitglieder ihre Projekte und Angebote zur Diskussion, um sich Anregungen für deren inklusive Veränderung und Weiterentwicklung zu holen, oder auch, um sich über Erfahrungen und Schwierigkeiten bei der inklusiven Öffnung auszutauschen.

Termine, Protokolle und aktuelle Hintergrundinformationen des Runden Tisches sind in einer festen Rubrik auf dem Internetportal des Bezirksamtes, auf der Webseite der Beauftragten für Menschen mit Behinderung, veröffentlicht.

Erste Ergebnisse und Erfolge

Durch Beschluss der Bezirksverordneten-Versammlung (BVV) ist der Runde Tisch Lokale Teilhabepanung legitimiert als bezirkliches Bündnis und wird vom Bezirksamt unterstützt.

Dies geschieht bislang durch die kostenlose Bereitstellung von Infrastruktur und Logistik, hier hauptsächlich Räume und Veranstaltungssäle, Veranstaltungstechnik, Öffentlichkeitsarbeit und durch die aktive Mitarbeit von Mitarbeiter/innen des Bezirksamtes.

Das Bezirksamt hat mittlerweile die Handlungsempfehlung des Runden Tisches angenommen, einen bezirklichen Inklusionspreis auszuschreiben für Unternehmer/innen, die erfolgreich und beispielhaft Menschen mit Behinderung in ihren Betrieb integrieren.

Die Ausschreibung und Gestaltung des Inklusionspreises wird zur Zeit gemeinsam erarbeitet vom Thementisch Arbeit des Runden Tisches und der bezirklichen Wirtschaftsförderung.

Ebenso wird zur Zeit auf Beschluss der BVV hin eine Kooperation zwischen den bezirklichen Gewerbenetzwerken und dem Thementisch Arbeit durch die bezirkliche Wirtschaftsförderung vorbereitet.

Zwei Mitglieder des Runden Tisches sind gerade ausgezeichnet worden mit der Aufnahme ihrer Projekte in die virtuelle Inklusions-Landkarte des Bundesbehindertenbeauftragten.

Es handelt sich um die Peter Paul Rubens Schule, eine Regelschule im Bezirk, die schon seit Jahren Kinder ohne und mit unterschiedlichen Behinderungen erfolgreich gemeinsam unterrichtet.

Das zweite Mitglied ist „Stadtimpuls“, ein Träger der beruflichen Qualifizierung, mit seinem Projekt „Job-Inform“, ein Qualifizierungs- und Beratungsangebot für Menschen mit Handicap und mit Migrationshintergrund. In dieser Maßnahme werden Menschen aus dieser Zielgruppe qualifiziert zu Berater/innen und arbeiten z.T. schon als solche.

Weitere inklusive Angebote und Projekte einzelner Mitglieder des Runden Tisches:

BIS e.V.

hat eine Maßnahme entwickelt, in der Menschen mit geistigen Einschränkungen mit dem persönlichem Budget die Möglichkeit erhalten, an einer berufsvorbereitenden Maßnahme außerhalb einer Behindertenwerkstatt teilzunehmen. Die Praktika und Hospitationen erfolgen in Unternehmen des 1.Arbeitsmarktes.

Berliner Institut für Public Health (BIPH)

Dieses Institut bietet an der Schnittstelle zwischen Freizeit und Sport in Kooperation mit dem Quartiersmanagement „Bewegungsangebote“ an für Menschen mit und ohne körperliche oder geistige Einschränkungen:

Eine angeleitete Spazierganggruppe und Ein-Hocker-Gymnastik-Gruppe. Teilnehmer/innen mit geistigen Einschränkungen konnten gewonnen werden durch den Runden Tisch.

Butoh Judo Verein

In zwei anderen Berliner Bezirken bietet dieser Verein Judo als Wettkampfsport an für jüngere Menschen mit geistigen und Mehrfach-Behinderungen. Der Verein beteiligt sich auch an Meisterschaften, bzw. richtet diese in diesem Jahr selbst aus. Außerdem wird eine Judo-Gruppe als Freizeit-Sportgruppe angeboten für Menschen mit und ohne Behinderungen.

Runder Tisch Lokale Teilhabeplanung für Menschen mit Lernschwierigkeiten

Franziska Schneider

Zur Zeit bemüht sich der Runde Tisch in Kooperation mit dem Sportamt, eine geeignete barrierefreie Turnhalle kostenlos für diese Angebote zur Verfügung stellen zu können.

Ufa-Fabrik Inklusiv

Das Nachbarschaftszentrum Ufa-Fabrik im Ortsteil Tempelhof hat in Kooperation mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und dem Bezirksamt mit fachlicher Unterstützung durch die Katholische Hochschule für Sozialarbeit ein Modellprojekt Inklusion erarbeitet.

Drei der regulären Freizeitkurse sind ab April geöffnet für Menschen mit Lernschwierigkeiten, mit geistigen Beeinträchtigungen: Yoga, Aikido, Free Dance. Die Kursauswahl ist ein Ergebnis einer Befragung unter den Bewohner/innen verschiedener Wohnangebote für Menschen mit Lernschwierigkeiten in der Umgebung der Ufa-Fabrik.

Zusätzlich wird ein Ökologie-Rundgang über das Gelände in leichter Sprache angeboten.

In der Modell-Phase können pro Kurs 2-3 Teilnehmer/innen mit geistiger Beeinträchtigung aufgenommen werden. Sie erhalten Assistenz durch Studentinnen und Studenten der Hochschule für Sozialarbeit, die wiederum von Prof. Dr. Seifert angeleitet sind. Ebenso werden die Kursleiter/innen gecoacht von einem Team der Hochschule. Vergangene Versuche der Ufa-Fabrik, Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen in ihre regulären Kurse mit aufzunehmen, sind – bis auf eine Trommelgruppe - mehr oder weniger fehlgeschlagen, da sich alle Beteiligten ohne entsprechende Beratung und Unterstützung überfordert fühlten, sowohl die Teilnehmer/innen mit Beeinträchtigung als auch die Kursleitungen.

Mit diesem Modellprojekt können nun die Rahmenbedingungen erarbeitet und in der Praxis entwickelt und geprüft werden, die notwendig sind, um solche inklusiven Freizeitangebote auch flächendeckend anbieten zu können. Eine erste Auswertung ist für Herbst 2011 geplant.

Resümee und Ausblick

So viel zur Arbeit und auch zu den Entwicklungen und Erfahrungen des Runden Tisches Lokale Teilhabeplanung in Tempelhof-Schöneberg.

Zusammenfassend lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt feststellen, dass sich in dem bislang zwei-jährigen Bestehen als sehr positiv gezeigt hat, dass sich der Runde Tisch zunehmend zu einem Forum der Netzwerkarbeit entwickelt hat. Dadurch können alle Mitglieder voneinander profitieren und sich fachlich weiterentwickeln. Es muss nicht Jeder mit seinem kleinen Projekt von vorne anfangen und die gleichen Fehler wiederholen.

Das Bezirksamt erhält durch den Runde Tisch wesentliche Impulse und konkrete Handlungsvorschläge zur Gestaltung und Umsetzung der UN-Konvention.

Verschweigen möchte ich nicht aufgetretene und noch nicht überwundene Schwierigkeiten oder auch Stolpersteine bei der Arbeit des Runden Tisches.

Der eigene Anspruch des Runden Tisches nach Partizipation und Mitsprachemöglichkeiten für Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen oder Lernschwierigkeiten konnte bislang nicht zufriedenstellend umgesetzt werden.

Anders als an den öffentlichen Veranstaltungen des Runden Tisches nehmen an den regelmäßigen Thementischen und Arbeitstreffen des Runden Tisches nur sehr wenige Menschen mit Lernschwierigkeiten teil. Wir mussten einsehen, dass Inklusion und Partizipation nicht dadurch hergestellt sind, dass die Einladungs- und Ankündigungstexte in leichter Sprache verfasst sind. Neue, inklusive Arbeitsformen müssen entwickelt werden. Menschen mit geistigen Einschränkungen benötigen fachliche Assistenz und Unterstützung, um zu Partizipation und gleichberechtigter Mitarbeit befähigt zu werden.

Dies ist ein spannender Prozess, dem wir uns gerne stellen, den wir auch gerne mitgestalten möchten, sind dabei aber angewiesen auf Anregungen und Austausch mit anderen ähnlichen Initiativen.

Eine andere Herausforderung stellt die noch nicht überall vorhandene Offenheit, Kompetenz und Bereitschaft dar, Inklusion und Partizipation geistig behinderter Menschen zum wesentlichen und selbstverständlichen Bestandteil bezirklicher Strategien zu machen. Hier gibt es noch sehr viele Barrieren in den Köpfen in der Verwaltung und in den Gremien.

Auch dieser Herausforderung möchte sich der Runde Tisch stellen, und auch hierzu möchten wir gerne die Möglichkeit nutzen von anderen Erfahrungen zu lernen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.



Wie funktioniert Teilhabe ?

Darstellung, Analyse und Reflexion Praxisprojekt „Orte zum Leben: Für ein Leben in der Gemeinde“

Der Caritasverband für den Schwarzwald-Baar-Kreis e.V.

Flächenlandkreis im Südwesten mit ca. 209.000 Einwohnern, 1.025 km²

- Caritasverband:
- Gemeindepsychiatrie
 - Allgemeine Sozialberatung an 7 Standorten im Kreis
 - Jugendsozialarbeit
 - Altenhilfe
 - hauptsächlich ambulante Hilfen nur kleine stationäre Einrichtungen



390 MA,
davon 250
Freiwillige

Rahmenbedingungen zum Projektstart 2005

- Bundesland Baden-Württemberg
(Auflösung der 2 Landeswohlfahrtsverbände und Verlagerung der Zuständigkeit auf die Kommunen)
- Landkreis: 50% der Menschen mit Behinderungen außerhalb des Landkreises in stationären Einrichtungen untergebracht. Im Landkreis selbst wenig Angebote
- Verband: hauptsächlich ambulante Beratungsangebote fachlich sehr versäut:
 - Sozialpsychiatrischer Dienst,
 - eigener Fachdienst betreutes Wohnen
 - Tagesstätte für psychisch Erkrankte
 - Wohnheim für Menschen mit psychische Erkrankung,
 - Familienpflegedienst
 - Schuldnerberatung
 - Schwangerenberatung
 - Migrationsberatung
 - Kurberatung
 - Jugendsozialarbeit an Schulen
 - Jugendmigrationsdienst
 - Demenzberatung
 - Tagespflege
 - betreutes Seniorenwohnen.....

Stand: 02.05.2011

Centrosverband für den Schwarzwald-Baar-Kreis e.V.

3

Fachlicher Diskussionsstand

- **Bundesebene**
 - Reste einer „Normalitätskampagne“
 - Verfahren zur Erfassung und Beschreibung des Hilfebedarfs wird zum Teil angewendet, ist aber bereits wieder in Überarbeitung. (bekannte Probleme: Hilfebedarfsbeschreibungen sind sehr interpretierbar. Es wird ein direkter Zusammenhang zwischen Hilfebedarfsbeschreibung und dem Aufwand zur Abhilfe des Hilfebedarfs hergestellt. => Personalschlüssel....
 - Integrationspolitik: Menschen mit Behinderungen nicht mehr ausgrenzen sondern eingliedern
 - Menschen mit Behinderung als Bürger einer Bürgergesellschaft
- **Im Bundesland / im Landkreis:**
 - endlich liegt die Zuständigkeit bei uns! Wir kennen die Menschen, wir wissen wie's geht und wir zeigen, dass die jährlichen Zuwachsraten an Finanzielle Ressourcen zu stoppen sind!
- **Verbandsintern:**
 - wir sind super qualifiziert, professionell und wissen, wie es geht! Menschen mit Behinderung brauchen bestmögliche Hilfen und wir können das!

Stand: 02.05.2011

Centrosverband für den Schwarzwald-Baar-Kreis e.V.

4

Projektidee

- Behinderte Menschen als Bürger wahrnehmen und sie bei der Wahrnehmung ihrer Bürgerrechte unterstützen
- Statt Angebotszentrierung – Bedarfszentrierung
- Vernetzung alle Leistungsträger und Leistungserbringer mit dem Ziel einer Entsäulung
- Menschen mit Behinderung im Gemeinwesen sichtbar machen

Stand: 02.05.2011

Centrosverband für den Schwarzwald-Baar-Kreis e.V.

5

Umsetzung , wie geht das?

- Bündelung vorhandener Ressourcen im Verband
- Gründung eines Projektbeirats
- Wissenschaftliche Begleitung

Stand: 02.05.2011

Centrosverband für den Schwarzwald-Baar-Kreis e.V.

6

Bündelung interner vorhandener Ressourcen

- Alle Angebote der Gemeindepsychiatrie zusammengeführt in sog. Servicestellen und zu den vorhandenen allgemeinen Beratungsstellen dezentralisiert = an 7 Standorten sind MA mit dem Thema betraut.
- Mit Hilfe einer Projektförderung durch die AM wurden diese Servicestellen personell verstärkt. (+ 2,5 VK)
- Ins Gemeinwesen gegangen und Assistenten (Freiwillige mit Aufwandsentschädigung) geworben und intensiv geschult. (Freiwilligenkonzept mit Definition von Zugang, Fortbildung, Anerkennungskultur)
- Betroffene nach Bedarfen und Ressourcen gefragt, bei Klärung unterstützt und den Auftrag an uns geklärt. (daraus sind unzählige neue Angebote entstanden)

Stand: 02.05.2011

Centerverband für den Schwarzwald-Baar-Kreis e.V.

7

Projektbeirat

TN: Betroffene, Fachdienste, Kostenträger, wissenschaftl. Begleitung, Angehörige, DCV / DiCV.

- Vernetzung
- Öffentlichkeit geschaffen
- Außensicht
- Ständiger Reflexionsprozeß

Stand: 02.05.2011

Centerverband für den Schwarzwald-Baar-Kreis e.V.

8

Wissenschaftliche Begleitung

- Durch „Zentrum zur interdisziplinären Erforschung der Lebenswelten behinderter Menschen“ (Z.I.E.L.), Uni Tübingen.
- Befragung aller Akteure war möglich: MitarbeiterInnen im Verband, - beim Kostenträger, in den Schulen für MmB, bei betroffenen und Angehörigen. (Beratungs-, Gesprächsbedarf sehr hoch!)

Rückschläge / Schwierigkeiten

- **Mitarbeiter** in Fachdiensten fühlten sich durch die vielen Freiwilligen weniger wertgeschätzt und in ihrer Fachlichkeit angegriffen => mehrere Workshops mit allen beteiligten Mitarbeitern
- Aufgrund der intensiven Auftragsklärung stellte sich heraus, dass es den Wunsch nach sehr flexiblen Wohnangeboten gab (Wohngemeinschaften...) Eine Bauvoranfrage in einem gehobenen Wohngebiet löste bei den Anwohnern **Ablehnung und Ängste** aus. (Wohnangebot potentielle Kindeswohlgefährdung) => mehrere öffentliche Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit
- **Bedarfe** zum Teil **anders** als erwartet: Wunsch nach Partnerschaft, Beteiligung der Angehörigen, aber auch Wunsch nach Selbständigkeit, hochflexible Betreuungsangebote, die wirtschaftlich nur schwer darzustellen sind
- **Kostenträger schafft „Markt“** und steuert diesen nach eigenen Kriterien und verfolgt offen das Ziel der Kostendämpfung: also ambulante Angebote nur dann, wenn sie auch günstiger sind als die stationären Angebote, auch wenn diese außerhalb des Landkreises liegen.

Gelungenes



Stierli, 02.05.2011

- In 6 Pfarrgemeinden wurden runde Tische installiert, die sich mit dem Thema beschäftigt haben: wo kommen Menschen mit Behinderung in unserer Gemeinde vor? -> Ministranten, Erstkommunion, Firmung, Jugendarbeit...
- An 5 Standorten sind Freizeitangebote für Kinder mit Behinderung entstanden
- Bürger haben sich gemeldet und ihre Kompetenzen angeboten: Integrative Tanzkurse, Kochkurse, Assistenzbörse, Erlebnispädagogische Events, Schmikkurse usw.
- Es sind 3 Ferienfreizeitangebote für Kinder mit Behinderung und Geschwisterkinder entstanden
- Jugendliche und Junge Erwachsene mit Behinderung haben einen Trommlerzug gegründet und wurden von einer historischen Zunft in die Villinger Fastnacht integriert. Dieser Zug ist inzwischen stark nachgefragt
- Es sind mitten in Wohngebieten 2 Wohngemeinschaften von Menschen mit Behinderungen und eine integrative Wohngemeinschaft für junge Menschen ohne und mit Behinderung
- Ein stark nachgefragter familienunterstützender Dienst ist entstanden, der Familien und Einzelpersonen in der je eigenen Lebensgestaltung mit ca. 200 Freiwilligen unterstützt.
- Einführung sog. Hilfemixe d.h. professionell handelnde Mitarbeiter und freiwillige Mitarbeiter handeln auf Augenhöhe mit je eigenen Kompetenzen zusammen.

Centreeverband für den Schwarzwald-Baar-Kreis e.V.

11



Aktueller Stand / Weiterentwicklung:

- Betreutes Wohnen, Persönliches Budget
- FuD, Mobile Hilfen, Freizeitangebote
- Trommlerzug
- Folgeprojekt „Marathon“ mit dem Ziel noch viel stärker den Blick darauf zu richten, wie Menschen mit Behinderung sich als Bürger einer Bürgergesellschaft erleben können:
 - Teilhabekreise
 - Unterstützung bei der individuellen Gestaltung des eignen Lebens
 - Politische Aktivität
- Arbeit und Beschäftigung:
 - Planung und Gründung eines Integrationsbetriebes

Centreeverband für den Schwarzwald-Baar-Kreis e.V.

12

Wie funktioniert Teilhabe?
Michael Stöffelmeier



„Aufbruch bedeutet, sich ins Unbekannte, Ungewohnte und Ungewisse zu wagen. So wird das Leben zu einer Entdeckungsreise, die uns oft nicht dahin führt, wohin wir kommen wollten und uns oft nicht finden lässt, was wir zu finden hofften, uns dafür aber Bereiche erschließen lässt, von deren Existenz wir keine Ahnung hatten.“ (Rudolf Stertenbrink),

Danke für ihr Interesse!

Forschungsprojekt
„Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung
am Leben in der Kommune“
Empfehlungen für die Caritas

von Hans-Walter Schmuhl

Menschen mit geistiger Behinderung leben noch immer ganz überwiegend in einer Parallelwelt, in Wohnheimen, Wohngruppen – häufig noch immer in „Komplexeinrichtungen“ – oder noch zu Hause bei den Eltern, sie arbeiten in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, sie lernen in eigenen Förderschulen, sie verbringen ihre Freizeit in Tagesaktivitätszentren oder integrativen Treffs. Sie leben – wie es in dem Bericht des Instituts Mensch, Ethik und Wissenschaft treffend heißt – „abgeschottet, geschützt und bevormundet“.

Diese Parallelwelt hat ihre eigene Geschichte, die eng verflochten ist mit der Geschichte christlicher Liebestätigkeit im 19./20. Jahrhundert, mit Caritas und Diakonie. Gerade von Seiten der konfessionell gebundenen Träger war diese Parallelwelt von Anfang an gedacht als *Schutz- und Schonraum* für Menschen mit geistiger Behinderung, die zu „schwach“, zu wenig lebensstüchtig, zu wenig leistungsfähig schienen, um in der modernen Gesellschaft mithalten zu können. Gleichzeitig war und ist jene Parallelwelt ein Teil sozialer Staatlichkeit – und in ihrer sozialpolitischen Funktion wird sie zum *Abschieberaum* für alle, die in der modernen Gesellschaft störend wirken. So konnte der Schutz- und Schonraum zur Falle werden, aus der es für viele Menschen mit geistiger Behinderung keinen Ausweg mehr gab. Die Träger, die diese Sondereinrichtungen schufen, taten dies in guter Absicht, aber in paternalistischer Manier. In einer Art fürsorglicher Belagerung wollten sie sie stellvertretend für Menschen mit geistiger Behinderung eine eigene Welt in der Welt schaffen, in der sie es gut haben sollten, und halfen dabei, ihre Klienten hilflos zu halten.

Vieles ist in den letzten drei Jahrzehnten geschehen, um diesen Kosmos von Sondereinrichtungen aufzubrechen. Und doch zeigen die Interviews, die wir derzeit mit Menschen mit geistiger Behinderung führen, die seit vier Jahrzehnten oder länger in Einrichtungen der v. Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel leben, dass bei allen Schritten in Richtung auf größere soziale Integration die Lebensräume dieser Menschen noch immer beklemmend eng sind, ihre sozialen Netzwerke lose und weitmaschig, ihre Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft gering.

Wenn ich es recht sehe, so besteht heute unter Politikern und Praktikern wie auch unter den Menschen mit geistiger Behinderung, die beginnen, ihre Interessen zu vertreten, Einigkeit darüber, dass diese Parallelgesellschaft auf mittlere Sicht aufgelockert, langfristig nach Möglichkeit sogar aufgelöst werden soll. Menschen mit Behinderung, auch Menschen mit *geistiger* Behinderung, auch mit *schwerer* geistiger Behinderung, sollen weiter in die Mitte der Gesellschaft hereingeholt werden. Es bedurfte nicht der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, um „Teilhabe“ als Leitidee der Eingliederungshilfe zu etablieren – auch wenn die Konvention diesem Trend noch einmal einen mächtigen Schub gegeben hat. Was aber ist das eigentlich konkret: „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“? Was umfasst dieser Begriff? Wie operationalisiert man ihn? Welche Rahmenbedingungen verhindern, erschweren oder ermöglichen, begünstigen und verstetigen Teilhabe und müssen daher bei Projekten, die der Förderung der Teilhabe dienen sollen, von vornherein mit bedacht werden? Wie stellt man „Teilhabedefizite“ fest, woran kann man „gelungene“ Teilhabe festmachen? Die **erste Empfehlung**, die man m. E. aus dem vorliegenden Bericht ableiten kann, gründet sich auf die Einsicht, dass „Teilhabe“ *sich nicht von selbst versteht*. Teilhabe ist vielmehr ein sehr komplexer Begriff, und am Anfang eines jeden Projekts zur Förderung der Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung sollte ein Reflexionsprozess stehen, was genau man im Einzelnen fördern will, auf welche Aspekte von Teilhabe man abzielt, welche anderen Aspekte man dabei mit berücksichtigen muss – erst wenn man die Ziele eindeutig bestimmt hat, kann man sinnvoll über Möglichkeiten und Methoden, Instrumente und Institutionen, Konzepte und Kooperationspartner nachdenken. Dieser Reflexionsprozess sollte *theoretisch fundiert* und *methodologisch reflektiert*, oder anders ausgedrückt: er sollte *wissenschaftlich angeleitet* sein. Teilhabeforschung legt das Fundament für eine gelingende Teilhabeförderung – und die theoretischen Teile des vorliegenden Berichts legen einen festen Grund, auf dem man weiter aufbauen kann.

Am Anfang eines jeden Projekts zur Förderung der Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung am gesellschaftlichen Leben sollte also ein Reflexionsprozess stehen – bloß: *Wer soll da reflektieren, Kriterien definieren, Ziele festlegen, einen Weg weisen?* Es besteht die Gefahr, dass solche Projekte eine „Helfer-Schlagseite“ bekommen, wie es in dem Bericht so treffend heißt. Die Beziehung zwischen Menschen mit geistiger Behinderung, gar Menschen mit schwerer geistiger Behinderung auf der einen, den Profis und auch deren ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern auf der anderen Seite ist immer von einer sozialen Asymmetrie geprägt, einem unauflösbaren Machtgefälle, einer ungleichen Gewaltverteilung, einem schier uneinholbaren Wissensvorsprung. Das ist ein sehr schwieriges Problem, man sollte aber unbedingt darauf achten – und das wäre die **zweite Empfehlung**, die ich aus

diesem Bericht herauslese –, dass man bei Projekten zur Förderung der Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung unbedingt vermeiden sollte, der Versuchung zu erliegen, etwas *für* diese Menschen, man ist versucht zu sagen: für „diese armen Menschen“ zu tun, ohne sie zu fragen, was *sie* denn eigentlich wollen. Teilhabeförderung geht nur *mit* den Menschen, um die es geht. Die Kirchen, die Caritas und die Diakonie tragen da an einer historischen Hypothek – traditionell hat die christliche Liebestätigkeit einen paternalistischen Zug, der manchmal auch durch moderne Konzepte der „Sozialanwaltschaft“ hindurchscheint. So mühsam das auch sein mag, Menschen mit geistiger Behinderung müssen als „Experten in eigener Sache“ zu Wort kommen – und wenn sie Bedürfnisse und Bedarfe formulieren, die mit den eigenen Vorstellungen nicht übereinstimmen, muss man das aushalten können. So kann es sein, dass Menschen mit geistiger Behinderung ihren Hobbies und Freizeitaktivitäten lieber unter sich, in eigenen Gruppen nachgehen möchten als in gemischten Gruppen, gemeinsam mit Menschen ohne Behinderung. Das ist ihr gutes Recht – gesellschaftliche Teilhabe bedeutet ja das Recht und die Möglichkeit freier sozialer Interaktion, nicht die Verpflichtung dazu. Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung kann daher auch Förderung von Aktivitäten in der eigenen Gruppe sein – die Förderung sollte dann nach Möglichkeit darauf abzielen, diese Aktivitäten an öffentliche Orte zu verlegen und aus der Parallelwelt für Menschen mit geistiger Behinderung herauszuholen.

Nun zeigt ja die Erfahrung, dass es nicht so einfach ist, Menschen mit geistiger Behinderung zur Vertretung ihrer eigenen Interessen zu animieren. Hier deutet sich ein Grundproblem der Förderung der Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung an – sie sind womöglich ein Leben lang in ihrer Sonderwelt versorgt, behütet – und unmündig gehalten worden, dass sie vieles nicht können – und, was noch schlimmer ist, sich vieles auch nicht zutrauen. Die Folge ist eine systematische Unterforderung oder neudeutsch: *Underachievement* – die Potentiale von Menschen mit geistiger Behinderung werden nicht ausgeschöpft. Das beginnt mit alltagspraktischen Fähigkeiten, die nie entwickelt wurden. Früher war das sogar das Essen mit Messer und Gabel – Menschen mit geistiger Behinderung, die in Heimen untergebracht waren, mussten bis Ende der 1960er Jahre gemeinhin alle Speisen mit dem Löffel von Aluminiumgeschirr essen. Bei ihren seltenen Ausflügen in die „Welt draußen“ versuchten viele von ihnen tief beschämt zu verbergen, dass sie nicht mit Messer und Gabel essen konnten.

Aluminiumgeschirr ist in den „Komplexeinrichtungen“ für Menschen mit geistiger Behinderung längst abgeschafft. Es mag aber durchaus noch heute Barrieren dieser Art

geben. Projekte zur Förderung der Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung sollten daher – und das scheint mir die **dritte Empfehlung** zu sein, die sich aus dem Bericht ergibt – stets ein Element des *Empowerment* mit bedenken. Welche brachliegenden Fähigkeiten und Fertigkeiten können geweckt und gestärkt werden, um Zugangsbarrieren zur Welt draußen aus dem Weg zu räumen, um Selbstvertrauen zu kräftigen, um Mut zu machen, aus dem Schutz- und Schonraum der Parallelwelt herauszutreten? In diesem Zusammenhang erwähnt der vorliegende Bericht an mehreren Stellen einen ganz wichtigen Punkt: Menschen mit geistiger Behinderung, die bislang in ihrer eigenen Sonderwelt gelebt haben, verfügen in der Regel nicht über jenes implizite Wissen über die ungeschriebenen Regeln, die in unserer Welt für den Umgang untereinander gelten, und haben deshalb oft Schwierigkeiten, sich in der komplizierten Choreographie zurechtzufinden, der wir in der urbanen Massengesellschaft folgen. Aber das kann man trainieren! Wir sollten Menschen mit geistiger Behinderung etwas zutrauen. Wir sollten sie ruhig auch fordern, denn in sehr vielen Fällen liegen bei ihnen große Lernpotentiale brach. Das ist eine Folge unserer allzu statischen, fast deterministischen, ja fatalistischen Vorstellung von geistiger Behinderung. „Du lernst es nie“, diesen Satz notierte Herr Georg B., der fast sein gesamtes Leben im Wittekindshof, einer „Komplexeinrichtung“ für Menschen mit geistiger Behinderung bei Bad Oeynhausen, verbrachte, in seinen Lebenserinnerungen als eine jener Phrasen, die er immer wieder zu hören bekommen hatte, und: „Der ist blöde und dumm“, „der bleibt anstaltstreu“.

Die Begegnung von Menschen mit und ohne geistige Behinderung ist aber nicht nur für die Menschen *mit* Behinderung eine Herausforderung, sondern vielleicht mehr noch für die Menschen *ohne* Behinderung. Obwohl in unserem Land schätzungsweise 420.000 Menschen mit geistiger Behinderung leben, sind sie gesellschaftlich unsichtbar. Der Durchschnittsbürger kommt so gut wie nie mit ihnen in Kontakt. Was er über sie zu wissen meint, speist sich in erster Linie aus Bildern und Narrativen unseres kulturellen Gedächtnisses, die Menschen mit geistiger Behinderung als das schlechthin Andere inszenieren. Kein Wunder, dass der Durchschnittsbürger Menschen mit geistiger Behinderung mit großer Unsicherheit, Angst, Scham und Schuldgefühlen begegnet, einer Mischung, aus der dann unter dem Diktat der *political correctness* ein verkrampftes und verquastetes Mitleid entsteht, das wiederum für Menschen mit geistiger Behinderung mitunter schwer zu ertragen ist. Eine **vierte Empfehlung** könnte daher darauf abzielen, den Durchschnittsbürger, zu dessen Welt Menschen mit geistiger Behinderung im Zuge der Teilhabeförderung Zugang erhalten sollen, bei seinen Ängsten und Unsicherheiten abzuholen, ihm Assistenz zu bieten, damit er durch qualifizierte soziale Kontakte seinerseits im Umgang mit Menschen mit geistiger Behinderung trainiert wird.

Der vorliegende Bericht verdeutlicht, ich habe es eben bereits erwähnt, dass Teilhabe ein höchst komplexer Begriff ist. Er umfasst die großen Felder „soziale Interaktion und soziale Beziehungen“, „Erziehung und Bildung“, „Arbeit und Beruf“, „wirtschaftliches Leben“ und „soziales und staatsbürgerliches Leben“. Man kann nicht die Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung auf dem *einen* Feld fördern, ohne die *anderen* Felder mit im Blick zu behalten. Umgekehrt kann m. E. kein Projekt, und mag es finanziell und personell auch noch so gut ausgestattet sein, auf allen *möglichen* Feldern von Teilhabe zugleich tätig werden. Die **fünfte Empfehlung**, die aus dem Bericht folgt, zielt darauf ab, von der – wie es im Bericht wörtlich heißt – „ehrfurchtsgebietenden Überhöhung“ des Teilhabebegriffs herunterzukommen. Inklusion ist eine Leitidee, die man in der Realität niemals vollständig wird einholen können. *Kein* Mensch, weder mit noch ohne Behinderung, hat die volle Teilhabe in *allen* gesellschaftlichen Subsystemen. Es gibt immer Felder, in die man inkludiert ist, und andere Felder, aus denen man exkludiert ist. Was folgt daraus für die Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung? Der Bericht spricht mehrmals skeptisch von der Versuchung, einen „TeilhabeKorb“ zu definieren, ähnlich dem „Warenkorb“, der ermittelt wird, um das Existenzminimum festzulegen, an dem sich die Hilfen zum Lebensunterhalt orientieren. Was soll in einen solchen „TeilhabeKorb“ hinein? Was ist unentbehrlich, was zur Not verzichtbar? Der „TeilhabeKorb“ darf nicht zu einseitig zusammengestellt sein. Ganz viel Teilhabe am kulturellen Leben einer Kommune, aber Ausschluss vom Bildungssystem und von der Arbeitswelt – so kann es, wie unschwer zu erkennen ist, nicht funktionieren. Gleichwohl wird man an einer Prioritätensetzung und einem Plan, der stufenweise angelegt ist, nicht vorbeikommen.

Aus leistungsrechtlichen Gründen mag es sinnvoll erscheinen, Teilhabe *exakt messen* zu wollen. Jedoch scheint mir der Begriff der Teilhabe viel zu komplex, um ihn tatsächlich genau quantitativ erfassen zu können. Es besteht die Versuchung, genau *die* Aspekte von Teilhabe quantitativ zu erfassen, die sich zählen und messen lassen – die Zahl der monatlich besuchten kulturellen Veranstaltungen, die Frequenz von Vereinsaktivitäten, die Dauer sozialer Interaktion außerhalb der „Komplexeinrichtung“ usw. Andere, qualitative Aspekte, die sich exakter Messung entziehen, würden dann außen vor bleiben, was wiederum zu ungewollten Nebenwirkungen führen kann. Ziel der Teilhabeforschung sollte daher eine *qualitative* Beschreibung und Bewertung von Inklusionsprozessen sein. Übrigens: Soziale Vernetzung – darauf weist der vorliegende Bericht verschiedentlich hin – ist in der Regel das *Resultat* gelungener Teilhabe an den gesellschaftlichen Subsystemen Arbeit, Bildung, Kultur usw., nicht ihre Voraussetzung.

Bisher habe ich ganz bewusst von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gesprochen. Es geht ja aber in dem Bericht und in den Projekten, die in dem Bericht evaluiert werden, um die Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung am Leben *in der Kommune*. Was aber ist „die Kommune“? Wir verstehen darunter heute gemeinhin die untere Ebene staatlicher Verwaltung, die für die so genannte Daseinsvorsorge am Ort zuständig ist, also den bürokratischen Apparat, der dafür sorgt, dass Wasser aus der Leitung und Strom aus der Steckdose fließt, dass die Straßen beleuchtet sind und der Müll abgeholt wird, dass es ein Schwimmbad und ein Theater gibt, und an die man sich wendet, wenn man mittellos und durch alle anderen Netze sozialer Sicherung gefallen ist. Als räumliche Vorstellung meint „die Kommune“ den Verwaltungsbezirk, in dem dieser Apparat zuständig ist. In dieser Bedeutung ist „die Kommune“ historisch gesehen ein junger Begriff – tatsächlich taucht er erst gegen Ende des zweiten Drittels des 19. Jahrhunderts in den Quellen auf, als sich diese Form kommunaler Leistungsverwaltung herauszubilden begann. Vorher gab es „die Bürgerschaft“, den freien, äußerst exklusiven Zusammenschluss der vollberechtigten Einwohner, der auf der Basis vernünftiger Debatten in eigener Regie die Angelegenheiten des örtlichen Gemeinwesens selbstverantwortlich regelte – ohne großen bürokratischen Apparat, gestützt auf das Engagement der Bürger, die sich dies sehr viel Geld, Zeit und Arbeitskraft kosten ließen, die umgekehrt daraus ihre bürgerliche Ehre als bedeutendes soziales und symbolisches Kapital zogen. Diese Bürgerschaft gibt es nicht mehr, es gibt nur noch die „Einwohner“ einer Stadt oder Gemeinde und ihnen gegenüber „die Kommune“. Gleichwohl merken wir an allen Ecken und Enden, dass im Zuge des säkularen Modernisierungsprozesses das zivilgesellschaftliche Engagement verkümmert ist, dass es ohne dieses Engagement aber letztlich nicht geht, dass „der Staat vor Ort“ überfordert ist, wenn alle Einwohner in einer reinen Konsumhaltung verharren. Daher die vielfältigen Anstrengungen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, etwa von Seiten des Kommunitarismus. Vor dem Hintergrund dieses kurzen historischen Exkurses wird hoffentlich ein Punkt deutlich, der mir außerordentlich bemerkenswert erscheint. Die Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung am „Leben in der Kommune“ kann und soll mehr umfassen als den freien Zugang zu den *Leistungen* „der Kommune“. Sie kann vielmehr auch meinen, Menschen mit geistiger Behinderung in die Aktivbürgerschaft einzubringen, die nicht nur etwas von der Kommune entgegennimmt, sondern ihr etwas *gibt*. Ein ganz wunderbares Beispiel ist das Projekt „Ehrenamt rückwärts“ der Lebenshilfe in Willich. Hier übernehmen Menschen mit geistiger Behinderung „sozial geachtete Rollen“ und erkämpfen sich aktiv ihren Platz in der Zivilgesellschaft und die Wertschätzung ihrer „Mitbürger“. Hier ist das Wort tatsächlich angebracht. Denn Menschen mit geistiger

Behinderung werden hier tatsächlich zu „Bürgern unter Bürgern“. Das scheint mir die *sechste Empfehlung* zu sein, die man aus dem Bericht entnehmen kann: Förderung der Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung am Leben in der Kommune sollte unter Nutzung der brachliegenden Ressourcen auf die Übernahme sozial geachteter Rollen abheben, um den Status von Menschen mit geistiger Behinderung im „virtuellen Sozialraum“ zu heben und Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein zu stärken.

Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung bedeutet somit nicht zwangsläufig, etwas von der Gesellschaft – hier: der Kommune – einzufordern. Es kann (und sollte) auch bedeuten, der Gesellschaft etwas anzubieten. *Eine* Ressource, die viele Menschen mit geistiger Behinderung auf jeden Fall einbringen können – und die nicht behinderten Menschen oftmals schmerzlich abgeht – ist *Zeit*. So kann letztlich gemeinsames Handeln von Menschen mit und ohne geistige Behinderung *auf gleicher Augenhöhe* mit Blick auf ein *gemeinsames Drittes* angestoßen werden. Solche Aktivitäten bringen den daran beteiligten Menschen mit geistiger Behinderung und auch den daran beteiligten Menschen ohne Behinderung einen sozialen, emotionalen und symbolischen Mehrwert, eine „Belohnung“ im weitesten Sinne, die zum Weitermachen ermutigt. Und nicht zuletzt machen solche Aktivitäten Spaß. Und das ist die ***siebte und letzte Empfehlung***, die ich aus dem Bericht herauslese: Projekte zur Förderung der Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung sind dann nachhaltig erfolgreich, wenn sie allen Beteiligten Freude bereiten und nicht aus einer Betroffenheitskultur entstehen, in der man krampfhaft versucht, etwas Gutes zu tun. Lernen wir also vom Trommlerzug im Schwarzwald-Baar-Kreis!

Impressum

Veranstalter und Herausgeber:



Deutscher Caritasverband e.V.
Abteilung Gesundheit und Soziales
Referat Altenhilfe, Behindertenhilfe und
Gesundheitsförderung
Karlstr. 40, 79104 Freiburg i. Br.
Telefon: 0761 200-0
E-Mail: info@caritas.de
www.caritas.de

Verantwortlich:

Christiane Bopp
Referentin
Referat Altenhilfe, Behindertenhilfe und Gesundheitsförderung
E-Mail: christiane.bopp@caritas.de
Karlstraße 40
79104 Freiburg
Telefon: 0761/ 200-319
Fax: 0761/200 11 319

In Kooperation mit:

Institut für Mensch, Ethik und Wissenschaft
Warschauer Straße 58a
10243 Berlin
Telefon: 030/293817-70
Telefax: 030/293817-80

Stand:

Juni 2011

Not sehen und handeln.
C a r i t a s

